RA Gerhard Strate geht mit Faeser und Paus hart ins Gericht

"Jenseits des rechtsstaatlichen Grundkonsenses"

Juristen laufen Sturm gegen Faesers Demokratiefördergesetz

von Jochen Sommer | **ANSAGE.org** **[3]**

[4]Die Pläne von Innenministerin Nancy Faeser und ihrer grünen Gesinnungsgenossin, Familienministerin Lisa Paus, Äußerungen zu ahnden, die ausdrücklich unterhalb der Strafbarkeitsgrenze liegen [5], und das ganze Land mit einer linksgrünen Meinungspolizei zu überziehen, löst mehr und mehr Entsetzen aus.

Mit dem Hamburger Strafverteidiger **Dr. iur. h.c. Gerhard Strate** **[6]** schaltet sich seit Wochen einer der renommiertesten Juristen des Landes mit vehementer Kritik an Faeser, Paus und ihrem treuen Paladin, Verfassungsschutzpräsident Thomas Haldenwang, in die Debatte ein. Das offene Bekenntnis hochrangiger staatlicher Akteure zur Verfolgung nicht strafbaren Verhaltens sei ein „erschreckender Dammbruch", so Strate in der „Fuldaer Zeitung". Faeser, Paus und Haldenwang würden sich „deutlich jenseits des rechtsstaatlichen Grundkonsenses" bewegen, wonach explizit erlaubt sei, was nicht gesetzlich verboten sei. Das geplante "Demokratiefördergesetz" (DFördG) sei ein „mächtiges Instrument zur Unterlaufung dieser Rechtssicherheit".

Bereits zuvor hatte Strate zu Faeser und Haldenwang angemerkt, die „Tabubrüche" zweier Amtsträger, deren Position ein besonderes Verantwortungsbewusstsein erfordere, müssten „jedem Anhänger des Rechtsstaats die Schweißperlen auf die Stirn" treiben.

Er wies darauf hin, dass das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) erst 2016 dafür gesorgt habe, dass sich die Strafbarkeitsgrenze für Meinungsäußerungen nicht willkürlich verschieben lasse. Nicht nur sachlich-differenzierte Äußerungen, sondern auch pointierte oder polemische Zuspitzungen seien geschützt.

► Kampf der Meinungen als Grundlage jeder Freiheit

Damit habe das BVerfG seiner eigenen großen Tradition Rechnung getragen, so Dr. iur. h.c. Strate. Bereits das Lüth-Urteil von 1958 [7] habe die freie Meinungsäußerung als den „unmittelbarsten Ausdruck" der menschlichen Persönlichkeit anerkannt, „schlechthin konstituierend" für die ständige geistige Auseinandersetzung. Der Kampf der Meinungen sei das Lebenselement der Demokratie und „die Grundlage jeder Freiheit überhaupt".

Das Konzept des noch nicht verabschiedeten Demokratiefördergesetzes, nämlich einer Zivilgesellschaft, die sich durch den Staat fördern lasse, sei „grotesk", so Strate weiter. Noch grotesker sei es, dass diese Alimentierung auf Richtlinien der obersten Bundesbehörden beruhen solle, die keinen Rechtsanspruch auf Förderung hätten.

Dem „willkürlichen Belieben einer der jeweiligen Bundesregierung genehmen Administration" sei damit Tür und Tor geöffnet. Der so erzeugte Konformitätsdruck werde „die Entwicklung unserer Demokratie nicht beleben, sondern eher zum Ersterben bringen", befürchtet der renommierte RA und Strafverteidiger Strate. (>> Kolumne von Dr. h.c. Gerhard Strate "Meinungen unterhalb der Strafbarkeitsgrenze", beck-aktuell, 04. März 2024 >> **weiter** [8]).

Diese pointierten Aussagen einer weiteren juristischen Koryphäe sollten wahrlich jedem zu denken geben, der immer noch nicht durchschaut hat, welch gemeingefährliches Spiel mit elementarsten rechtsstaatlichen Prinzipien die beiden ultralinken Ministerinnen und ihr willfähriger Vollstrecker Haldenwang hier treiben. Sollten diese Vorhaben tatsächlich umgesetzt werden, wäre dies größte Angriff auf die Meinungsfreiheit in der Geschichte der Bundesrepublik.

Jochen Sommer

[Bitte auch die nachstehenden Artikel lesen! Helmut Schnug]

♦♦♦

»Die im Grundgesetz Art. 5 (1) garantierte Meinungsfreiheit auf dem Scheiterhaufen:
Früher wurden Ketzer für den "wahren Glauben" verbrannt,
heute werden Nonkonformisten gesellschaftlich wie sozial angeprangert, ausgegrenzt
& vernichtet sowie durch eine Erfüllungsjustiz regimetreuer, weisungsgebundener
Staatsanwälte kriminalisiert & und einer Gesinnungsrechtsprechung abgeurteilt.
Was für ein leuchtendes Vorbild für die Welt vom besten Deutschland,
das es jemals gegeben hat.« (Helmut Schnug)

♦♦♦

»Der Deutsche gleicht dem Sklaven, der seinem Herrn gehorcht ohne Fessel,
ohne Peitsche, durch das bloße Wort, ja durch einen Blick.
Die Knechtschaft ist in ihm selbst, in seiner Seele;
schlimmer als die materielle Sklaverei ist die spiritualisierte.
Man muss die Deutschen von innen befreien, von außen hilft nichts.«
(Heinrich Heine - Gedanken und Einfälle, Kap. 4)

♦♦♦

Es gibt keine gefährlichen Gedanken, das Denken an sich ist gefährlich.
Regierungen wollen keine Bevölkerung mit der Fähigkeit kritischen Denkens.
Sie wollen fügsame, obrigkeitshörige Arbeiter.
Menschen also, die gerade mal schlau genug sind, die Maschine am laufen zu halten,
doch gleichzeitig auch dumm genug, ihre Situation widerstandslos zu akzeptieren. (H.S.)

♦♦♦

Entfernung aus dem Beamtenverhältnis. Faesers Rechtsstaatsmassaker und seine Vorläufer.

Der Berg an Demokratie-zerstörenden Gesetzen, die von Innenministerin Nancy Faeser auf den Weg gebracht werden, wird von Monat zu Monat höher. Aber endlich merken manche, was da eigentlich geschieht – obwohl der Abgrund, in den man da blickt, noch tiefer ist.

Langsam (und, so steht zu befürchten, viel zu spät) beginnt zumindest in Teilen der deutschen Öffentlichkeit eine Debatte über das Unheil, das die Gesetze aus dem Hause von Bundesinnenministerin Nancy Faeser über das Land bringen. So gab es vor einigen Tagen einen Artikel in der Neuen Zürcher Zeitung, der die Änderungen des Beamtendisziplinarrechts thematisierte, [1] und einen in der Berliner Zeitung, der die Öffentlichkeit darüber informiert, [2] dass der Deutsche Beamtenbund wie die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPolG) die gesetzlichen Änderungen kritisch sehen.

Wenn man einen Blick in das Bundestagsprotokoll über die Debatte zu diesen Änderungen wirft, eröffnet sich ein interessanter historischer Horizont, der in diesem Zusammenhang auch deshalb wichtig ist, weil man am Ende dieser Betrachtung an einen Punkt gerät, der den wahren Charakter dieser rechtlichen Maßnahme klar erkennen lässt. Und, nur nebenbei, Ministerin Faeser, nicht nur studierte Juristin, sondern auch langjähriges Vorstandsmitglied der 'Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen' (ASJ), müsste mit diesen Zusammenhängen bestens vertraut sein und kann sich keinesfalls auf Ahnungslosigkeit herausreden. Von Dagmar Henn, RT DE, im KN am 13. April 2024 >>**weiter** [9].

Der Totalitarismus hat die Vorherrschaft erlangt. Ein Konsortium von Scharlatanen, Demagogen, Lügnern . . .

Aus den Werkstätten der Propaganda. Kürzlich gab eine Vize-Präsidentin des deutschen Bundestages zum besten, es sei für die Demokratie gefährlich, Licht in das Dunkel der Verfügungen und Beschlüsse während der Corona-Episode einzufordern. Damit hat sie sich und ihr Verständnis von Demokratie – einmal wieder – geoutet. Demnach ist so genannte Souverän ein unmündiges Etwas und die Gewählten kuratieren nach Belieben die dümmliche Masse.

Und tagsdrauf wurde ein weder beim Namen genannter noch in seiner Funktion ausgewiesener Experte bei den Nachrichten des SWR eingespielt, der seiner Überzeugung Ausdruck gab, Russland sei militärisch durchaus bezwingbar. Das Land selber spiele mit einem Mythos, um uns einzuschüchtern. Und jeder, der darüber nachdenke, sei bereits ein Opfer der Propaganda. Von Gerhard Mersmann | Forum-M7.com, im KN am 11. April 2024 >> **weiter** [10].

Verleumdung und Diskreditierung als persuasive Strategie. Was bedeutet eigentlich „gesichert rechtsextrem"?

Im politisch korrekten Sprachgebrauch beherrschen Konjunktive und Worte wie „mutmaßlich" den Umgang mit Umständen, die noch nicht von einem Gericht als Tatsache festgestellt worden sind. Geht es aber um „Rechtsextreme", gelten andere Regeln.

Selbst wenn ein Täter bei seiner Tat von mehreren Menschen beobachtet worden ist, wenn er mit dem blutigen Messer in der Hand über seinem Opfer steht, das Ganze auf Video festgehalten ist, wird in den Medien von einem mutmaßlichen Täter gesprochen. Nicht einmal Mörder darf er genannt werden, denn es wurde noch nicht festgestellt, ob es sich um Mord oder Totschlag gehandelt

hat oder ob der mutmaßliche Täter überhaupt schuldfähig ist. Erst wenn der zugehörige Prozess durch alle möglichen Instanzen und Revisionen gegangen und ein Urteil rechtskräftig ist, dann darf man den Täter Täter nennen ohne den Zusatz mutmaßlich. So schwierig das für den „gesunden Menschenverstand" auch sein mag, es ist juristisch und natürlich auch politisch korrekt. Von Peter Haisenko, im KN am 10. April 2024 >> **weiter** [11].

Gesetzesstaat unterminiert Rechtsstaat und Gerechtigkeit. Das Entree zur Selbstbestimmung ist das Recht!

Die These, dass die Bundesrepublik Deutschland von einem Rechts- zu einem Gesetzesstaat mutiert ist, ist nicht neu. Spätestens seit der Corona-Episode sollte klar geworden sein, dass Gesetze, Regelungen und Verfügungen einer amtierenden Regierung einen höheren Wert besitzen als die einmal als unverbrüchlich und unveräußerlich titulierten Rechte. Schnell waren letztere beschnitten und außer Kraft gesetzt und in gleichem Tempo wurden die verleumdet, die die Verhältnismäßigkeit zwischen dem Außerkraftsetzen von Rechten und der Legitimität aktueller Verfügungen in Zweifel zogen.

Seitdem hat sich eine Spaltung vollzogen, die als die Konkurrenz zweier Paradigmen bezeichnet werden muss: Die Vertreter des Rechtsstaates stehen denen des Gesetzesstaates gegenüber. Was heißt das? . . .

Rechtsstaatlichkeit basiert auf der Vorstellung, dass mündige und verantwortungsbewusst handelnde Bürger in der Ausübung ihrer Rechte und Freiheiten zu einer auskömmlichen Weiterentwicklung der Gesellschaft beitragen. Gesetzesstaatlichkeit bedeutet, Gesetze und Regelungen zu produzieren, die den Missbrauch von Rechten und das Fehlverhalten der Bürgerinnen und Bürger sanktionieren und somit eine reibungslose Entwicklung der Gesellschaft garantieren sollen. Von Gerhard Mersmann | Forum-M7.com, im KN am 05. April 2024 >>**weiter** [12].

Die Einschüchterungsstrategie

Banken kündigen Regierungskritikern reihenweise die Konten, um auch „unterhalb der Strafbarkeitsschwelle" Druck auf die Meinungsfreiheit auszuüben. Auch Manova hat es jetzt erwischt.

Wir kennen diese Verfahren aus Coronazeiten: Was früher pure Selbstverständlichkeit und Recht jedes Staatsbürgers war, wird umgedeutet in eine Gnade, die jederzeit wieder entzogen werden kann. Abhängigkeiten wurden geschafft, die im Konfliktfall gegen politische Gegner eingesetzt werden können.

Banken sind gesetzlich dazu berechtigt, das Konto eines Kunden ohne Angabe von Gründen zu kündigen. Und davon haben sie in den letzten Jahren reichlich Gebrauch gemacht. Wir können die Motive der Banken, die sich meist in vornehmes Schweigen hüllen, nicht mit Gewissheit identifizieren. Ein Verdacht liegt allerdings nahe: Durch die Erzeugung von unnötigem Stress, finanziellen Verlusten und einem diffusen Gefühl von „Unerwünschtsein" könnten kritikfähige Menschen in Deutschland auf Linie gebracht werden.

Schikanen gegen Oppositionelle geben den Regierenden auch Schützenhilfe, damit sie mit einer destruktiven Politik fortfahren können, die zu ändern sie weder fähig noch willens sind. Wenn in Deutschland mittlerweile ein unerträglicher Geist der Enge, der Einschüchterung und des Konformismus entstanden ist, so „verdanken" wir dies unter anderem auch solchen Banken. Von Redaktion Manova (vormals Rubikon), 30. März 2024 >> **weiter** [13].

RA Gerhard Strate geht mit Faeser und Paus hart ins Gericht

"**Jenseits des rechtsstaatlichen Grundkonsenses**" - Juristen laufen Sturm gegen Faesers Demokratiefördergesetz

Die Pläne von Innenministerin Nancy Faeser und ihrer grünen Gesinnungsgenossin, Familienministerin Lisa Paus, Äußerungen zu ahnden, die ausdrücklich unterhalb der Strafbarkeitsgrenze liegen, und das ganze Land mit einer linksgrünen Meinungspolizei zu überziehen, löst mehr und mehr Entsetzen aus.

Mit dem Hamburger Strafverteidiger **Dr. iur. h.c. Gerhard Strate** [6] schaltet sich seit Wochen einer der renommiertesten Juristen des Landes mit vehementer Kritik an Faeser, Paus und ihrem treuen Paladin, Verfassungsschutzpräsident Thomas Haldenwang, in die Debatte ein. Das offene Bekenntnis hochrangiger staatlicher Akteure zur Verfolgung nicht strafbaren Verhaltens sei ein „erschreckender Dammbruch", so Strate in der „Fuldaer Zeitung". Faeser, Paus und Haldenwang würden sich „deutlich jenseits des rechtsstaatlichen Grundkonsenses" bewegen, wonach explizit erlaubt sei, was nicht gesetzlich verboten sei. Das geplante "Demokratiefördergesetz" (DFördG) sei ein „mächtiges Instrument zur Unterlaufung dieser Rechtssicherheit".

Bereits zuvor hatte Strate zu Faeser und Haldenwang angemerkt, die „Tabubrüche" zweier Amtsträger, deren Position ein besonderes Verantwortungsbewusstsein erfordere, müssten „jedem Anhänger des Rechtsstaats die Schweißperlen auf die Stirn" treiben. Von Jochen Sommer | ANSAGE.org, im KN am 30. März 2024 >>**weiter** [2].

Totalüberwachung im Netz im Einklang mit dem DSA

BNetzA bespitzelt Online-Kommunikation ohne Rechtsgrundlage. Letzten Monat trat der Digital Services Act (DSA) der EU in Kraft, ein gigantisches Zensurpaket für große Online-Plattformen. In allen Mitgliedstaaten soll eine eigene Aufsichtsbehörde über dessen Einhaltung wachen. Für Deutschland ist dafür die dem Wirtschaftsministerium unterstellte Bundesnetzagentur (BNetzA) vorgesehen.

Dazu wäre aber noch ein offizieller Beschluss des Bundestages erforderlich. Ein entsprechender Gesetzentwurf liegt zwar seit 18. Januar vor, wurde aber noch nicht verabschiedet. Der Drang, die Online-Kommunikation zu überwachen, ist jedoch so groß, dass man sich bei der Netzagentur, sprich: Habecks Wirtschaftsministerium, einfach über Recht und Gesetz hinweggesetzt und eigenmächtig mit der Bespitzelung begonnen hat.

Netzagentur-Präsident Klaus Müller erklärte zu Monatsbeginn, man sammele bereits Hinweise auf Verstöße gegen den DSA und leite diese nach Brüssel weiter. Hauptziel ist natürlich die von Elon Musk geführte Plattform X (vormals Twitter). Da Musk dort wieder die Meinungsfreiheit eingeführt hat und der EU-Zensur Widerstand leistet, gibt es dort auch die meiste Kritik an Habecks Wahnsinnspolitik: [..] Von Theo-Paul Löwengrub | ANSAGE.org, im KN am 22. März 2024 >>**weiter** [14].

Gegen die Meinungsfreiheit gerichtete Rechtsverschärfungen. Meint Kubicki es ernst mit der Meinungsfreiheit?

Wolfgang Kubicki, immerhin Mitglied einer Regierungsfraktion, erklärt in der "Bild", die Pläne von Innenministerin Nancy Faeser bedrohten die Meinungsfreiheit. Allerdings – bisher hat die FDP allen Gesetzesänderungen zugestimmt. Wie glaubwürdig ist diese Kritik?

Fast könnte man glauben, es habe erst die New York Times (NYT) und die Neue Zürcher Zeitung (NZZ) gebraucht, um die Reste des bürgerrechtlich orientierten Flügels der FDP aus dem Dornröschenschlaf zu wecken. Schließlich gehen die Maßnahmen, die Bundesinnenministerin Nancy Faeser plant, so weit, dass selbst diese beiden zutiefst konformen Blätter mittlerweile Anzeichen von Erschrecken zeigen. Die NZZ anlässlich der "Gefährderansprache" an einer Mecklenburger Schule, und die NYT betrachtet die Faeserschen Pläne zumindest insofern skeptisch, als eine andere Regierung damit ihre politischen Gegner kriminalisieren könnte (was die gegenwärtige bereits tut, aber das ist der NYT genehm).

Wolfgang Kubicki, immerhin einer der Wenigen, die bei den Corona-Maßnahmen sich überhaupt noch an so etwas wie Bürgerrechte erinnerten, erklärte nun also gegenüber der Bild-Zeitung[..] Von Dagmar Henn, RT DE, im KN am 20. März 2024 >> **weiter** [15].

Die Umerziehungsagenda

Mit der Begründung, „unsere Demokratie" schützen zu wollen, höhlt die Regierung um Nancy Faeser diese immer weiter aus und erschafft einen paranoiden Bespitzelungsstaat.

Was tun, wenn man mit dem Rücken zur Wand steht, wenn der Offenbarungseid unvermeidlich scheint, wenn auf dem Höhepunkt des Maskenballs die Stunde schlägt und der Kehraus naht? Was tun, wenn sich die Gedanken der meisten Bürger hartnäckig weigern, die gewünschte Richtung einzuschlagen?

Die Koalition, angeführt von Nancy Faeser, wählt einen wahrhaft beängstigenden Weg: Sie versucht, die Meinungsfreiheit noch weiter einzuschränken. Wo sie selbst nicht mehr zu bezirzen vermag, dämonisiert sie ihre Gegner. Wo sie nicht überzeugen kann, versucht sie, Andersdenkende einzuschüchtern. Wo gegenläufige Meinungen gefährlich zu werden drohen, versucht sie diese vor den Bürgern zu verstecken: durch Löschen und Canceln. Da sie „falsche" Meinungen in der Öffentlichkeit nicht alle selbst bemerken und ahnden kann, rekrutiert sie ein Heer von Spitzeln aus der Zivilgesellschaft.

Weil sich humorvolle Distanz zu diesem Establishment aufgrund von dessen peinlichem Straucheln geradezu aufdrängt, versucht es, „Verächtlichmachung" zu kriminalisieren. Wer sich nicht unterwirft, wird unterworfen. Bist du nicht willig, brauch ich (Staats-)Gewalt. So soll die Sprache der Menschen, ja selbst ihr Innerstes — das Denken und Fühlen — zur Knetmasse in den Händen eines übermächtigen Staatsapparats werden. Was wir erleben, ist der schleichende Staatsstreich einer Junta von der Meinungsfreiheit überforderter Verlierer gegen die Bürgerrechte — alles unter dem Banner der Demokratie. Von Roland Rottenfußer | Manova (vormals Rubikon), 24. Februar 2024 >>**weiter** [16].

Die Abhängigkeiten von staatlichen Zuwendungen. Gedanken zum "Demokratiefördergesetz" (DFördG).

Ziemlich viele haben es bemerkt: Es gibt in Deutschland eine Regierung, die sich nicht als Teil eines politischen Angebots für Wähler begreift, sondern sich mit dem Staat, der Verfassung[welche Verfassung?? H.S.], der Moral und einer faktischen Wahrheit gleichsetzt. Schon die theoretische Möglichkeit einer Macht, die sich gegen die Interessen einer Bevölkerung wendet (was auf dem Globus der Gegenwart und ganz besonders auf deutschem Boden nicht die Ausnahme, sondern der Regelfall ist), kommt im Universum der Ampel einfach nicht vor.

Als besonders verhängnisvoll erweist es sich in einer solchen Situation, wenn sämtliche 'checks and balances' zuvor absichtsvoll in die Abhängigkeit von staatlichen Zuwendungen manövriert und einschlägig besetzt wurden.

Ein jeder mag es kurz innerlich prüfen: Justiz, Staatsanwaltschaften, Verfassungsschutz, Verfassungsgerichtsbarkeit und Medien sind ganz offensichtlich nicht frei, ihre Vertreter nicht dem eigenen Gewissen und auch nicht dem Souverän verpflichtet, sondern den konkreten Gegebenheiten. Sie dienen nicht oder nur unzureichend dem Ausgleich gesellschaftlicher Interessen, sondern hängen ausnahmslos – direkt oder indirekt – am finanziellen Tropf der Staatsführung. Von Paul Bertaud | ANSAGE.org, im KN am 21. Februar 2024 >>**weiter** [17].

► **Quelle:** Der Artikel von Jochen Sommer wurde am 30. März 2024 unter dem Titel »**"Jenseits des rechtsstaatlichen Grundkonsenses": Juristen laufen Sturm gegen Faesers Demokratiefördergesetz**« erstveröffentlicht auf ANSAGE.org >> **Artikel** [18]. **HINWEIS:** Der Gründer dieser Seite, Daniel Matissek, gewährte auf Anfrage in einem Email vom 22. Juni 2022 sein Einverständnis und die Freigabe, gelegentlich auf ANSAGE.org veröffentlichte Artikel in Kritisches-Netzwerk.de übernehmen zu dürfen. Dafür herzlichen Dank. Das Urheberrecht (©) an diesem und aller weiteren Artikel verbleibt selbstverständlich bei den jeweiligen Autoren und ANSAGE.org [3].

[3]

ACHTUNG: Die Bilder, Grafiken, Illustrationen und Karikaturen sind **nicht** Bestandteil der Originalveröffentlichung und wurden von KN-ADMIN Helmut Schnug eingefügt. Für sie gelten folgende

Kriterien oder Lizenzen, siehe weiter unten. Grünfärbung von Zitaten im Artikel und einige zusätzliche Verlinkungen wurden ebenfalls von H.S. als Anreicherung gesetzt, ebenso die Komposition der Haupt- und Unterüberschrift(en) geändert.

► Bild- und Grafikquellen:

1. Porträtaufnahme von Nancy Faeser, Bundesministerin des Innern und für Heimat, 27 Juni 2023. Die Femme fatale (frz. für „verhängnisvolle Frau“) ist eine verführerisch-gefährliche Frauenfigur in Kunst und Literatur. Dieser Typus wird mitunter mit magischen oder dämonischen Zügen ausgestattet. **Foto OHNE Textinlet:** BerthasEnkel. **Quelle: Wikimedia Commons** [19]. Diese Datei ist lizenziert unter der Creative-Commons-Lizenz „Namensnennung – Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“ (CC BY-SA 4.0 Deed [20]). Das Textinet wurde von Helmut Schnug nachträglich in das Originalfoto eingearbeitet!

2. Karikatur: Es braucht kein neues Gesetz zur steuerlichen Förderung des sozialistischen Demokratiebegriffs – sondern eines zum Schutz vor neuen DDR-Verhältnissen. * 85 Cent Standardbriefporto plus 8,45 EUR Sonderopfer Gefängnisneubau gegen Rechts. **D**enunziatorische **D**emokratie **R**epublik **Bildunterschrift:** DDR-Briefmarke 2024: Unter Sammlern später „Ketzerkampf-Marke“ genannt.

Karikatur: Copyright © Götz Wiedenroth. **Zur Person:** Götz Wiedenroth wird 1965 in Bremen geboren, beginnt seine berufliche Laufbahn als Industrie- und Diplomkaufmann. Kaufmännische Ausbildung bei der Daimler-Benz AG, Niederlassung Hamburg. Es folgten ein Studium der Wirtschaftswissenschaften/ Betriebswirtschaftslehre an der Nordischen Universität Flensburg und der Universität Kiel, Abschluß dortselbst 1995. Beschäftigt sich während des Studiums als Kleinunternehmer mit der Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Kunst, organisiert Seminare, Ausstellungen und Kongresse zum Thema Kulturmanagement auf Schloß Glücksburg in Glücksburg. Arbeitet in Flensburg seit 1995 als freier Karikaturist, Cartoonist, Illustrator und Zeichner.

Seine ersten Karikaturveröffentlichungen erscheinen 1989 in der Flensburger Tagespresse. Von 1995 bis 2001 zeichnet er täglich für den Karikaturendienst von news aktuell, einer Tochtergesellschaft der Deutschen Presse-Agentur (dpa) in Hamburg. Von 1996 bis 2016 erscheinen landes- und lokalpolitische Karikaturen aus seiner Feder in den Tageszeitungen des Schleswig-Holsteinischen Zeitungsverlags, Flensburg.

Der von Kindheit an passionierte Zeichner erhält 1997, 2001 und 2008 Auszeichnungsurkunden des "Deutschen Preises für die politische Karikatur", verliehen durch die Akademie für Kommunikation in Baden-Württemberg, Stuttgart. >> **weiterlesen** [21]. Herzlichen Dank für die Freigabe zur Veröffentlichung Ihrer Arbeiten im Kritischen Netzwerk. **Quelle: Flickr** [22] und **HIER** [23].

⇒ **Götz Wiedenroth (Karikaturist, Cartoonist, Illustrator und Zeichner): wiedenroth-karikatur.de/** [24].

Quell-URL:https://kritisches-netzwerk.de/forum/ra-gerhard-strate-geht-mit-faeser-und-paus-hart-ins-gericht

Links
[1] https://kritisches-netzwerk.de/user/login?destination=comment/reply/10953%23comment-form [2] https://kritisches-netzwerk.de/forum/ra-gerhard-strate-geht-mit-faeser-und-paus-hart-ins-gericht [3] https://ansage.org/ [4] https://kritisches-netzwerk.de/sites/default/files/u17/nancy_faeser_femme_fatale_angstnarrativ_spitzelstaat_staatstrojaner_anlasslose_massenspeicherung_chatkontrolle_entdemokratisierung_rechtsextremismus_kritisc netzwerk.jpg [5] https://www.tichyseinblick.de/meinungen/fdp-existenzberechtigung-kubicki-faeser-paus/ [6] https://strate.net/ [7] https://www1.wdr.de/radio/wdr5/sendungen/zeitzeichen/zeitzeichen-urteil-meinungsfreiheit-bundesverfassungsgericht-100.html [8] https://rsw.beck.de/aktuell/daily/magazin/detail/kolumne-njw-2024-10-meinungen-unterhalb-der-strafbarkeitsgrenze [9] https://kritisches-netzwerk.de/forum/entfernung-aus-dem-beamtenverhaeltnis [10] https://kritisches-netzwerk.de/forum/der-totalitarismus-hat-die-vorherrschaft-erlangt [11] https://kritisches-netzwerk.de/forum/verleumdung-und-diskreditierung-als-persuasive-strategie [12] https://kritisches-netzwerk.de/forum/gesetzesstaat-unterminiert-rechtsstaat-und-gerechtigkeit [13] https://www.manova.news/artikel/die-einschuchterungsstrategie [14] https://kritisches-netzwerk.de/forum/totalueberwachung-im-netz-im-einklang-mit-dem-dsa [15] https://kritisches-netzwerk.de/forum/gegen-die-meinungsfreiheit-gerichtete-rechtsverschaerfungen [16] https://www.manova.news/artikel/die-umerziehungsagenda [17] https://kritisches-netzwerk.de/forum/die-abhaengigkeiten-von-staatlichen-zuwendungen [18] https://ansage.org/jenseits-des-rechtsstaatlichen-grundkonsenses-juristen-laufen-sturm-gegen-faeser-demokratieoerdergesetz/ [19] https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Portr%C3%A4t_von_Nancy_Faeser_2023_(cropped).jpg [20] https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de [21] https://www.wiedenroth-karikatur.de/05_person.html [22] https://www.flickr.com/photos/wiedenroth/53530753472/ [23] https://www.wiedenroth-karikatur.de/02_WirtKari240215_Staatsstreich_Putsch_Kampf_gegen_Rechts_Abschaffung_Meinungsfreiheit_Sozialismus_Demokratie_Begriff.html [24] https://www.wiedenroth-karikatur.de/ [25] https://kritisches-netzwerk.de/tags/andersdenkende [26] https://kritisches-netzwerk.de/tags/bespitzelungsstaat [27] https://kritisches-netzwerk.de/tags/burgerentrechtung [28] https://kritisches-netzwerk.de/tags/burgerrechteverlust [29] https://kritisches-netzwerk.de/tags/bverfg [30] https://kritisches-netzwerk.de/tags/demokratiefordergesetz [31] https://kritisches-netzwerk.de/tags/demokratieinszenierung [32] https://kritisches-netzwerk.de/tags/demokratur [33] https://kritisches-netzwerk.de/tags/deutungshoheit [34] https://kritisches-netzwerk.de/tags/deutungsmacht [35] https://kritisches-netzwerk.de/tags/deutungswillkur [36] https://kritisches-netzwerk.de/tags/dfordg [37] https://kritisches-netzwerk.de/tags/entrechtung [38] https://kritisches-netzwerk.de/tags/entzug-burgerlicher-rechte [39] https://kritisches-netzwerk.de/tags/freie-meinungsausserung [40] https://kritisches-netzwerk.de/tags/gerhard-strate [41] https://kritisches-netzwerk.de/tags/gesinnungsrechtsprechung [42] https://kritisches-netzwerk.de/tags/kampf-der-meinungen [43] https://kritisches-netzwerk.de/tags/konditionierung [44] https://kritisches-netzwerk.de/tags/konformismus [45] https://kritisches-netzwerk.de/tags/konformitatsdruck [46] https://kritisches-netzwerk.de/tags/kriminalisierung [47] https://kritisches-netzwerk.de/tags/lisa-paus [48] https://kritisches-netzwerk.de/tags/luth-urteil [49] https://kritisches-netzwerk.de/tags/massenkonditionierung [50] https://kritisches-netzwerk.de/tags/meinungspolizei [51] https://kritisches-netzwerk.de/tags/meinungsunfreiheit [52] https://kritisches-netzwerk.de/tags/nancy-faeser [53] https://kritisches-netzwerk.de/tags/nonkonformismus [54] https://kritisches-netzwerk.de/tags/nonkonformisten [55] https://kritisches-netzwerk.de/tags/politischer-maulkorb [56] https://kritisches-netzwerk.de/tags/politische-verwahrlosung [57] https://kritisches-netzwerk.de/tags/pseudorechtsstaatlichkeit [58] https://kritisches-netzwerk.de/tags/rechtsstaaterodierung [59] https://kritisches-netzwerk.de/tags/rechtsstaatliche-prinzipien [60] https://kritisches-netzwerk.de/tags/rechtsstaatlicher-grundkonsens [61] https://kritisches-netzwerk.de/tags/rechtsstaatlichkeitszerstorung [62] https://kritisches-netzwerk.de/tags/rechtsstaatsheuchler [63] https://kritisches-netzwerk.de/tags/scheinrechtsstaatlichkeit [64] https://kritisches-netzwerk.de/tags/schnuffelstaat [65] https://kritisches-netzwerk.de/tags/spitzelstaat [66] https://kritisches-netzwerk.de/tags/staatliche-umerziehungsagenda [67] https://kritisches-netzwerk.de/tags/staatliche-willkur [68] https://kritisches-netzwerk.de/tags/staatsgewaltmissbrauch [69] https://kritisches-netzwerk.de/tags/staatsmonopolistischer-meinungsmarkt [70] https://kritisches-netzwerk.de/tags/strafbarkeitsgrenze [71] https://kritisches-netzwerk.de/tags/thomas-haldenwang [72] https://kritisches-netzwerk.de/tags/unterlaufung-der-rechtssicherheit [73] https://kritisches-netzwerk.de/tags/verachtlichmachung [74] https://kritisches-netzwerk.de/tags/verengung-der-meinungsfreiheit